

Leitung durch Landkreis bleibt im Verfahren

Stromtrasse entlang Autobahn wird geprüft

Die Argumente aus Cloppenburg hatten erhebliche Folgen. Dies zeigte sich bei einem Infoabend in Gehrde.

VON RUTH HONKOMP

Landkreis Vechta. „Wir werden die Trasse entlang der Autobahn genauso prüfen wie alle anderen Trassen.“ Dies stellte Sebastian Knauf vom Stromnetzbetreiber Amprion jetzt in Gehrde klar. Hier sprach er auf Einladung des Vereins „Bürger gegen 380 kV“, der zu einer höchst gut besuchten Informationsveranstaltung im Saal Hölshermann eingeladen hatte. Auch zahlreiche Interessierte aus dem Landkreis Vechta waren gekommen – unter ihnen Ansgar Brockmann,

Bürgermeister in Neuenkirchen-Vörden sowie Bürger aus Holdorf und Dinklage.

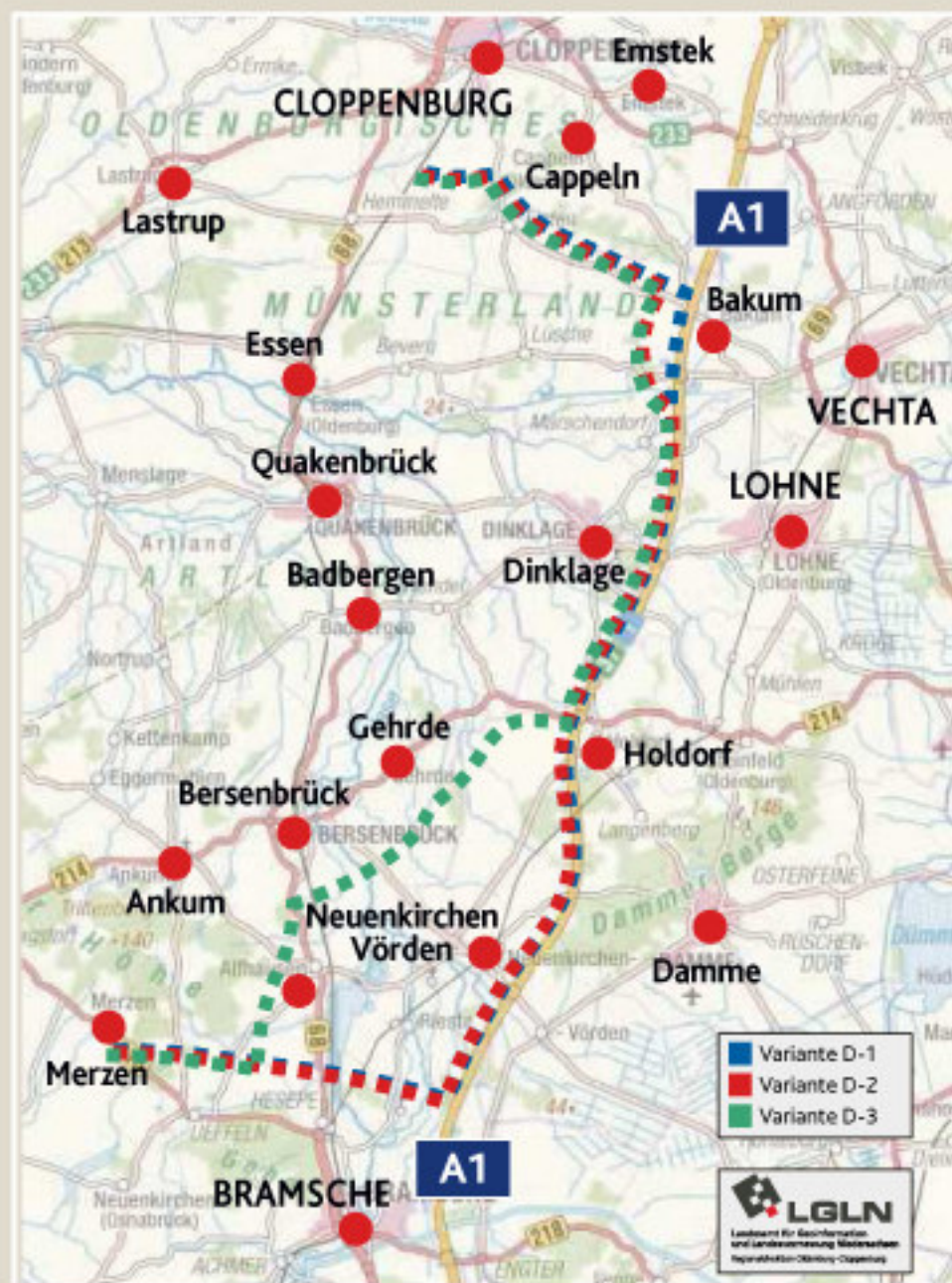
Das Interesse ist begründet: Mit einer Hochspannungsleitung entlang der A1 im sogenannten D-Korridor könnte die Energiewende unmittelbare und eklatante Auswirkungen auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten rechts und links der Hansalinie im Landkreis Vechta haben. Betroffen wären die Städte und Gemeinden Bakum, Lohne, Dinklage, Holdorf und Neuenkirchen-Vörden. Auf dem Podium in Gehrde saß auch Bernhard Heidrich vom Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems in Oldenburg. Diese Behörde ist zuständig für das Raumordnungsverfahren zum Bau der Stromtrasse.

Auch für ihn ist der sogenannte östliche D-Korridor für die Verbindung der Hochspannungsleitung zum Transport der Windenergie von der Küste in Deutschlands Süden zwischen Cloppenburg und Merzen (Landkreis Osnabrück) in gewisser Weise ein Sonderfall: Nachdem die Netzbetreiber Amprion und Tennet – die Bauherren der Stromtrasse – bei der Antragskonferenz im September 2015 deutlich gemacht hätten, dass der D-Korridor für das Prüfungsverfahren verzichtbar ist, habe man möglicherweise im Landkreis Vechta vorschnell gedacht: „Hurra, wir sind raus.“

Doch habe es dann vehemente Forderungen aus politischen Kreisen im Landkreis Cloppenburg gegeben, die Autobahn-Trasse doch zu überprüfen. Offensichtlicher Hintergrund: Der Landkreis Cloppenburg wäre von den westlichen Trassenvarianten Richtung Merzen erheblich betroffen. Letztlich habe sich das Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) den vorge-

Stromtrasse von Cloppenburg nach Merzen

Varianten im östlichen D-Korridor führen durch den Landkreis Vechta



Quelle: Tennet, LGLN - Grafik: Jäger

tragenen Argumenten aus Cloppenburg nicht verschließen wollen, erklärte Heidrich. Die Argumente aus dem Vechtaer Nachbarlandkreis fasste er so zusammen: Wenn durch die Autobahn bereits eine Belastungssituation gegeben sei, sei es besser, eine neue Belastung damit zu bündeln als bislang unbelastete Landschaftsbereiche zu beeinträchtigen. Eine Sichtweise, die beim Infoabend zumindest zum Teil auch einige Trassengegner aus Gehrde teilten. Letztlich ha-

be das ArL gemeinsam mit den sogenannten Vorhabenträgern Amprion und Tennet die Entscheidung getroffen, die Autobahn-Trasse weiterhin im Raumordnungsverfahren zu überprüfen, sagte Heidrich.

Amprion-Experte Sebastian Knauf erklärte, dass nach der neuesten Gesetzeslage auf diesem Streckenabschnitt auch die teilweise Verlegung von Erdkabeln möglich sei. Das Raumordnungsverfahren solle möglichst Anfang 2017 beginnen, erläu-

terte Heidrich zum Zeitplan der Landesplanungsbehörde. In diesem Verfahren, in dem die Trassenvarianten nach verschiedenen Kriterien auf ihre Eignung überprüft werden, entscheidet sich der Verlauf. Die Detailplanung wird dann im Planfeststellungsverfahren geregelt. Die neue Hochspannungsleitung soll 2022 in Betrieb gehen.

Info: Weitere Details unter www.380kv-CCM.niedersachsen.de

MEINE MEINUNG

St. Florian

VON RUTH HONKOMP

Der Landkreis Vechta hat sich zu lange in der trügerischen Sicherheit gewiegt, vor den Konsequenzen der Energiewende verschont zu bleiben. Im Kreishaus dürfte man sich derzeit schmerzlich daran erinnern fühlen, dass die Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms bislang vernachlässigt wurde. Nun könnten an entscheidender Stelle im Raumordnungsverfahren Argumente fehlen. Verbündete wird man dieser Frage nicht finden. Denn beim Widerstand gegen eine Stromtrasse gilt ganz klar das St.-Florians-Prinzip.



Kreis Vechta ist mit Programm im Verzug

Dinklager SPD befürchtet Nachteile

Von einer Stromtrasse entlang der Autobahn wäre der Dinklager Burgwald betroffen. Doch ist er nicht als Vorranggebiet für Erholung festgeschrieben.

VON RUTH HONKOMP

Landkreis Vechta. Die Dinklager SPD-Fraktion schlägt Alarm: Hinsichtlich der geplanten Verlegung einer 380-kV-Leitung von Conneforde über Cloppenburg nach Merzen komme dem Dinklager Burgwald eine besondere Bedeutung zu, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Windhaus, der auch der SPD-Kreistagsfraktion angehört, in einer Pressemitteilung. „Aufgrund des Schutzstatus“ nicht nur von Wohn- und Gewerbeflächen, sondern auch von Natur- und Landschaftsschutzgebieten wie dem Dinklager Burgwald sollte eine Trassenführung entlang der Autobahn A1 nicht auf Kosten der Bevölkerung und des Naturschutzes durchgedrückt werden“, so Windhaus.

Sein harscher Vorwurf in Richtung Kreishaus: Weil hier das regionale Raumordnungsprogramm (RROP) nicht zielstrebig fortgeschrieben worden sei, fehle dem Landkreis ein wichtiges Planungsinstrument, mit dem solchen Bestrebungen entgegen werden könne. Dies stellte Windhaus nach dem Infoabend der Initiative „Bürger gegen 380 kV“ Anfang der Woche in Gehrde fest. Hier hatte Bernhard Heidrich vom Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (ArL) die Entscheidungskriterien der Behörde bei der Suche nach einem Trassenkorridor für die neue Hochspannungsleitung zwischen Nord- und Süddeutschland sowie die Verfahrensschritte erläutert (siehe auch „Fakten“).

Heidrich bestätigte gegenüber dieser Zeitung, dass das RROP eines Landkreises bei der Entscheidung über den Trassenverlauf eine Rolle spielt. In einem Regionalen Raumordnungsprogramm legen die Landkreise die gewünschten Entwicklungs-

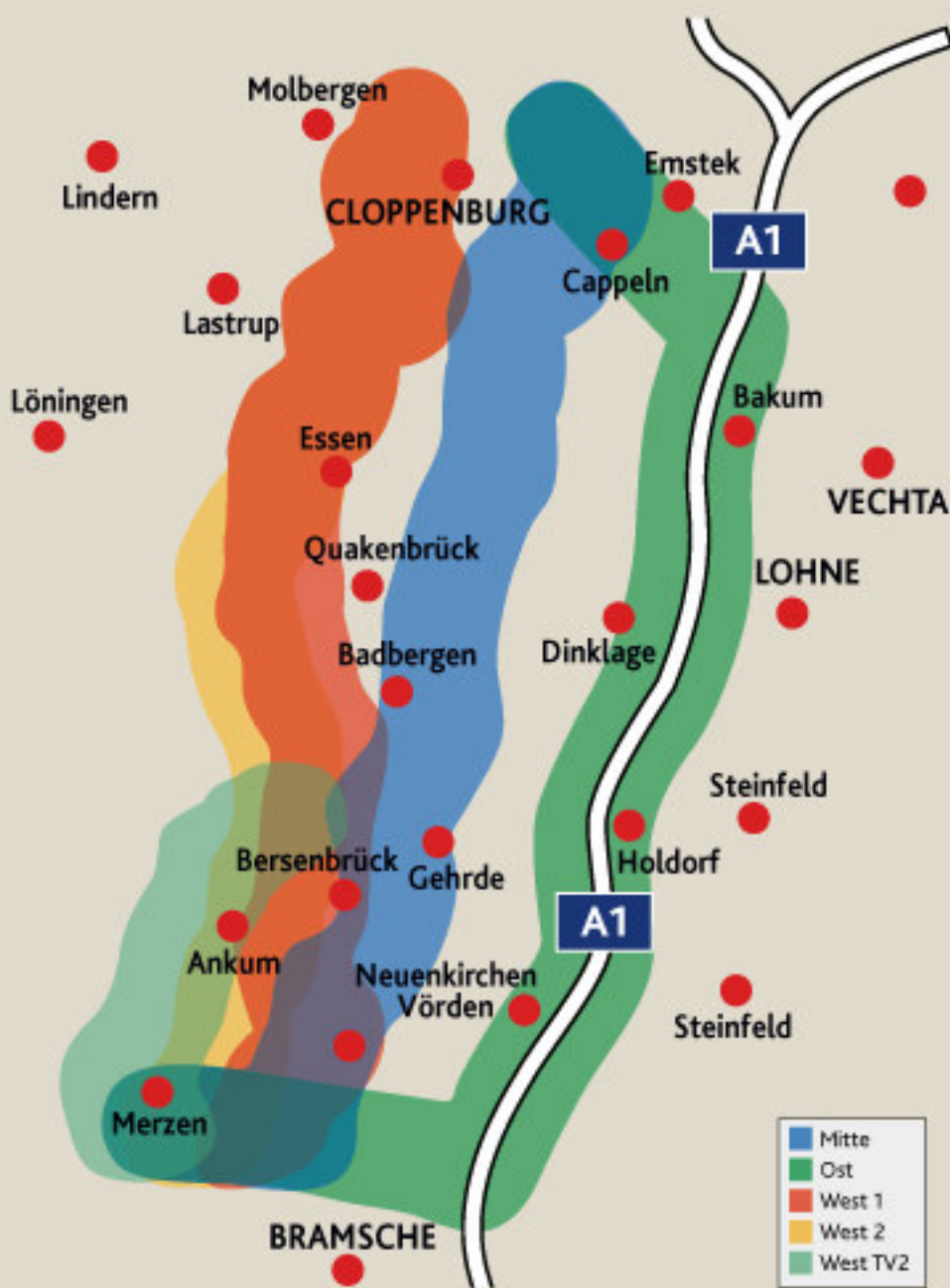
möglichkeiten für ihr Gebiet fest. Der Dinklager Burgwald könnte hier beispielsweise als „Vorranggebiet für Erholung“ eingestuft werden. Wer ihn dann dennoch überplant, muss mit Widerspruch rechnen. Für fast alle Landkreise in Niedersachsen lägen RROPs vor, so Heidrich. „Beim Landkreis Vechta aber ziehe ich die Schublade auf und sehe, da ist nichts drin.“ Die Inhalte eines RROPs „haben für uns eine hohe Bindungswirkung“, stellte Heidrich fest.

Allerdings: Es seien viele Kriterien zu beachten. Heidrich: „Es geht immer um Einzelfallbetrachtungen. Zum Beispiel, wenn eine Trasse durch ein Vorranggebiet für Erholung führen würde und der Verlauf ansonsten konfliktärmer ist als andere Trassenführungen.“

Für den Landkreis Vechta räumt Behördensprecher Jochen Steinkamp auf die SPD-Kritik ein, dass das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises aus dem Jahr 1997 stammt und noch nicht fortgeschrieben wurde, obwohl die Geltungsdauer normalerweise zehn Jahre betrage. Aufgrund einer landesgesetzlichen Ausnahmeregelung sei es jedoch erst im Sommer 2014 ausgelaufen. Mit seinem Amtsantritt im November 2014 habe Landrat Herbert Winkel das Thema wieder auf die Agenda gesetzt, so Steinkamp. „Erste Schritte zur Umsetzung wurden bereits unternommen, Haushaltsmittel bereitgestellt“, stellt er fest. Der Prozess könne jedoch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Derzeit erarbeite die Kreisverwaltung bereits die Grundlagen für ein neues RROP. Dazu würden die Landschafts-, Naturschutz- und FFH-Gebiete erfasst und überarbeitet. Der Landkreis habe bereits im Januar gegenüber dem ArL darauf hingewiesen, dass die Räume entlang der A1 in ihrer Nutzung schon jetzt äußerst stark beansprucht seien. Noch am Mittwoch dieser Woche seien die Bedenken in einem Gespräch mit einem Projektleiter des Netzbetreibers Tennet erneuert worden.

Mögliche Korridore für die geplante Stromtrasse

Nur die Ost-Variante betrifft den Landkreis Vechta



Quelle: Tennet - Grafik: Jäger

FAKTEN

- Vor dem Bau der ersten Strommasten auf der Trasse zwischen Cloppenburg und Merzen stehen zwei behördliche Verfahren: Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren.
- Im Raumordnungsverfahren (ROV) wird der Trassenkorridor festgelegt. Das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (ArL), als Landesplanungsbehörde zuständig für dieses Verfahren, hofft, dass es Anfang 2017 eingeleitet werden kann.
- Nach gesetzlichen Vorgaben müsste ein ROV eigentlich innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein. Nach Schätzungen geht man im
- ArL jedoch davon aus, dass dies frühestens nach einem Jahr der Fall sein wird.
- Genauso wie die Träger öffentlicher Belange (TöB) kann auch jeder Bürger bereits in diesem Verfahren seine Anregungen und Bedenken einbringen. Im Erörterungstermin werden jedoch nur die TöBs gehört, individuelle Betroffenheiten spielen eine untergeordnete Rolle. Der Verfahrensbeginn wird in den amtlichen Bekanntmachungen und in einer Pressemitteilung bekannt gegeben.
- Nach Abschluss des ROV leitet die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover

das Planfeststellungsverfahren ein. In diesem Verfahren, das in etwa vergleichbar einer Baugenehmigung gesehen werden kann, geht es um die Feinplanung beispielsweise hinsichtlich der betroffenen Grundstücke. Die Dauer sei schwer einzuschätzen, heißt es seitens des ArL. Gerechnet werden müsse mindestens mit einem Jahr.

- Auch im Planfeststellungsverfahren sind TöBs sowie alle Bürger aufgefordert, ihre Eingaben und Anregungen einbringen. Der Erörterungstermin in diesem Verfahren ist öffentlich.

■ Infos unter www.380kv-CCM.niedersachsen.de